



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Z/XI/181 - 9. August 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

Bremer Bauprojekt beispielhaft für Bonn	S. 1
Suez-Krise in amerikanischer Sicht	S. 3
Soldaten-Gewerkschaften	S. 3
Scharritzel in Nordrhein-Westfalen	S. 6

Beliebte gemeinnützige Wohnungswirtschaft

-o-. Die heutige Wohnungsbaupolitik hat noch immer zwei Fakten zu berücksichtigen. Einmal ist der Wohnraumangel - trotz aller unbestrittenen Bauleistungen - keinesfalls als behoben anzusehen und dürfte es auch in absehbarer Zeit nicht sein. Zum ändern fehlt es vor allem an Wohnungen für die sozial schwachen Kreise unserer Bevölkerung, also an Wohnungen für die kleinen und mittleren Einkommensbezieher.

Die offizielle Bonner Wohnungsbaupolitik hat in ihrer langjährigen Praxis gerade diesem letzten Punkt allzu wenig Aufmerksamkeit gewidmet, und das neue Familiensteuergesetz läßt auch für die nächste Zeit - wenn keine durchgreifender Änderungen erfolgen -, nicht viel Hoffnung auf eine Besserung der Lage für die sozial Schwachen zu.

Um so bemerkenswerter sind die Bemühungen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, diesen Punkt von ihren eigenen Bauprogrammen entgegenzuwirken. Ihre zunehmende Beliebtheit bei den Wohnungssuchenden dürfte nicht zuletzt auf die grosse Zuversichtlichkeit dieser Unternehmer für die Nöte und Sorgen gerade der "kleinen Leute" zurückzuführen sein.

An alle diese Tatsachen wurde nun erinnert, als kürzlich die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft m.b.H., Bremen (GEWOBA), gemeinsam mit der Stadt Bremen ihr neuestes, für die Bundesrepublik wohl auch größtes Bauprojekt der Öffentlichkeit vorstellte. Es handelt sich dabei um einen vollkommen neuen Stadtteil in Bremen mit 10 000 Wohnungen für 35 - 40 000 Menschen.

Das Schwergewicht liegt bei diesem Vorhaben ebenfalls auf dem sozialen Wohnungsbau. Ausgangspunkt dieser Bestrebungen ist das "Gesetz

zur Behebung der Wohnungsnot im Lande Bremen" vom 27. März 1956, das sich sehr wohltuend von der bisher Wohnungsbaugesetzgebung abhebt. Bremen wollte mit diesem Gesetz, nach dem 70 % aller gebauten Wohnungen den Beziehern kleiner Einkommen angemessen sein und zur Verfügung stehen müssen, ein Beispiel für den Bund geben und den anderen, den richtigen Weg aufzeigen. Denn: der Umfang des sozialen Wohnungsbau bestimmt heute das Gesicht einer Stadt.

Das neue Bremer Bauprojekt wird trotz aller Schwierigkeiten, die sich aus der verfehlten Bau- und Konjunkturpolitik der Bundesregierung ergeben, durchgeführt werden - trotz der seit Monaten wirksamen "Konjunkturbremse", die in erster Linie den Wohnungsbau, besonders natürlich den sozialen Wohnungsbau, hart trifft. Auf die damit verbundenen Gefahren wies in Bremen Heinrich Plett, Direktor der Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft m.b.H. "Neue Heimat", Hamburg, hin. Seine Bemerkungen über ein mögliches Absinken des Wohnungsbauvolumens und die Probleme der Kapitalbeschaffung sollten weder bei der Regierung in Bonn noch bei der Bank deutscher Länder in Frankfurt auf die leichte Schulter genommen werden.

Es geht bei diesen Fragen letzten Endes um wichtige gesellschaftliche Entscheidungen. Max Weber hat einmal gesagt: "Die Wohnung formt Leben und Gesicht ihrer Bewohner". Diese bedeutsame Feststellung umreißt praktisch auch ein politisches Anliegen, das Senatspräsident Kaisen auf der Bremer Veranstaltung in der Mahnung anklingen liess, die soziale Sicherheit sei ein entscheidender Teil der Aufgabe, die Überlegenheit des freien Westens gegenüber dem Sowjetreich zu demonstrieren. Zur sozialen Sicherheit aber gehört ohne Zweifel vor allen auch eine gesunde, schöne und von der breiten Masse erschwingliche Wohnung.

Das verlangt, alle Kraft auf den Wohnungsbau zu konzentrieren, wobei die Forderung Richard Boljans, des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der SEWOBA, "Mietwohnungen soviel wie nötig - Eigentum soviel wie möglich" als ein wohl abgewogenes Bekenntnis der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft zur sozialen Funktion von Miete und Eigentum gelten mag.

Im Widerstreit der Interessen

D.L., New York, Anfang August

Von den peinlichen Überraschungen und Prestigeeinbüssen, die den USA in den letzten Monaten zugefügt wurden, ist die Suez-Krise die zweifellos schwerste und peinlichste. Schwer, weil die amerikanische Wirtschaft und ihre Verbindung mit den Rohstoffquellen durch eine Erhöhung der Suez-Kanalgebühren oder gar durch eine Sperrung des Kanals sehr schwer getroffen würde. Dazu kommen die militärischen Schwierigkeiten. Als die grösste Seemacht der Welt würden die Vereinigten Staaten durch eine Sperrung des Suez-Kanals schwerer getroffen als die meisten anderen Mächte. Die Krise ist aber auch peinlich für die Lenker der amerikanischen Aussenpolitik: drei Monate vor der Präsidentenwahl würde die regierende Partei nichts so sehr wünschen und brauchen wie strahlende Sonne am internationalen Himmel. Dazu kommt, dass die amerikanische Aussenpolitik durch Nassers "Unfreundlichkeit" besonders arg blamiert wird, denn die ausserordentlich kühle Haltung gegenüber Israel in den letzten zwölf Monaten, wie die Verweigerung von Waffenlieferungen, wie schliesslich die Tendenz des bisherigen USA-Botschafters in Kairo, des früheren Assistenten des Aussenministers Dulles, Byroade, war ja gerade darauf abgestellt, Nassers Sympathien zu gewinnen. Diese Politik endet nun mit einem völligen Fickso.

Das Dilemma der amerikanischen Aussenpolitik

Die Suez-Krise ist über über die augenblicklichen Verlegenheiten hinaus ein besonders schwerer Liegen für die amerikanische Aussenpolitik, weil in ihr noch deutlicher als in allen bisherigen Kolonialkrisen die Zwiespältigkeit der weltpolitischen Stellung der USA und ihrer aussenpolitischen Grundsätze zum Ausdruck kommt. Das grundlegende Problem ist die Haltung der Vereinigten Staaten zu dem in Asien und Afrika, in den bisher unterdrückten und unterentwickelten Ländern emporschliessendem Nationalismus. Es ist noch immer lebendige Tradition in Amerika, gegen den Kolonialismus und die Kolonialmächte zu sein und sich nicht gegen die Emanzipationsbestrebungen der jungen Nationen zu stellen. Aber trotz dieser Grundhaltung haben es die USA nicht verstanden, sich starke oder dauernde Sympathien in Asien und Afrika zu erwerben.

Auf der anderen Seite ^{hilt} und das ist das grosse Dilemma für die amerikanische Politik, das sie noch nicht voll erfasst und insbesondere Dulles' Leitung nicht zu meistern vermag -, dass die USA nur allzu oft die reaktionären Nationalisten wie Mossadeq (in der nun der Vergangenheit angehörenden persischen Ölkrise) stützen oder sich um Nassers Sympathien bewerben, obwohl die nationalsozialistischen, das heisst hitlerischen Merkmale seiner Politik viel stärker waren als die nationalen, dass die USA Pakistan militärisch unterstützen, aber auf der anderen Seite die fortschrittlichen und positiv-national orientierten Nationen wie Indien, Burma, Indonesien nicht zu gewinnen vermögen.

Was die Vereinigten Staaten bisher in der Suez-Krise unternommen haben, war zweifellos ein Versuch, die unmittelbaren Aktionen gegen

Wasser abzuschwächen und zunächst eine diplomatische Konferenz einzu-berufen. Sosehr eine friedliche und befriedigende Lösung der Suez-Krise durch diese Konferenz zu wünschen ist, soehr drängt sich die Frage auf: was geschieht in Falle ihres Scheiterns? Und was ist die amerikani-sche Haltung gegenüber Russland, das gewiss nicht bereit sein wird, auf offene Unterstützung Ägyptens zu verzichten, ohne einen Preis zu fordern. Wenn über die Internationalisierung wichtiger Wasserwege und Kanäle gesprochen werden wird, ist es ausgeschlossen, dass auch die Worte "Panama" oder "Bardanellen" fallen?

Notwendige Rücksicht auf England und Frankreich

Ein anderes schweres Dilemma der amerikanischen Weltpolitik ist dies: England und Frankreich sind die beiden wichtigsten Alliierten der USA, wenn man von Adenauers Bundesrepublik, die eine ausschliesslich europäisch-kontinentale Machtposition ist, absieht. Jede weitere Schwä-chung der wirtschaftlichen und politischen Weltstellung der beiden west-europäischen Mächte bedeutet eine Schwächung der amerikanischen Stel-lung. So üben die USA in der algerischen oder der Zypern-Krise massi-genden Einfluss aus, ^{sind} aber im Prinzip mit den antikolonialen und nation-alen Kräften solidarisch. Aber jedes Zugeständnis, das Grossbritannien und Frankreich zu machen genötigt ist, wirkt sich auch gegen die Welt-stellung der USA aus.

Im allgemeinen ist die bisherige Haltung Washingtons in der Suez-Krise mit der gegenüber der persischen Ölkrise nach Mossadeghs Nationa-lisierungsmassnahmen zu vergleichen. Nach jahrelangen Schwierigkeiten war es amerikanischen Einfluss schliesslich doch gelungen, auf dem Umweg über den Sturz des nationalistischen Diktators ein Kompromiss in der Ölfrage zu erreichen. Ob die amerikanische Politik gegenüber Wasser-ähnliche Ziele verfolgt, ist noch nicht recht klar. Jedenfalls sind die Glinteressen Amerikas, die mit dem Suez-Kanal zusammenhängen und die allgemeinen Rücksichten auf eine geregelte Rohstoffversorgung der ameri-kanischen Industrie im Falle Suez viel stärker und unmittelbarer als in Iran. Rohkautschuk, Zinn, der grösste Teil des Manganbedarfs, Wolle, Zink, Pfeffer und ein Teil des vorderasiatischen Öls, das die USA importieren, kommt durch den Suez-Kanal.

Aber vielleicht noch wichtiger ist die Stellung der USA in Nahen Osten und gegenüber der arabischen Welt. Diese Rücksichten haben Washington im letzten Jahr dazu bestimmt, auf die anti-ieraelischen Fachleute im Aussenministerium mehr zu hören als auf jene, die unter anderem aus innenpolitischen Rücksichten auf die amerikanischen Juden, die Gewerkschaften und aus Freundschaft für Israel, den einzigen wirk-lich demokratischen Staat in Nahen Osten, eine andere Politik empfohlen.

Man übersehe auch nicht, dass Pakistan, der grösste arabische Staat der Welt, im militärischen Bündnissystem, das die Dulles-Eisenhower-Politik errichtete, eine grosse Rolle spielt. Pakistan kann sich aber von den Bindungen an die übrigen arabischen Länder nicht lösen, wenn auch, wie der Verfasser dieses Artikels in einem Gespräch mit einem der höchsten Diplomaten in Karachi im Mai feststellen konnte, Pakistan die marabischen und Weltmächts-ambitionen des ägyptischen Diktators *

Dass die Suez-Krise gerade zu Beginn der Präsidentenwahlkampagne ihren Höhepunkt erreicht, ist nicht nur ein peinlicher Zufall, sondern die logische Konsequenz von Denkfehlern und anderen Irrtümern der ameri-kanischen Diplomatie. Die Verflechtung mit der Innen- und Wahl-politik einer amerikanischen Präsidentschaftskampagne macht eine Ent-wirrung dieses Knotens nicht leichter.

* * *

* nicht gerne sieht.

Hilfsmittel - wofür oder wogegen?

I.L. Die Soldaten-Gewerkschaften in der Bundesrepublik sind weder eine Erfindung der bestehenden Gewerkschaften, noch eine solche von politischen Gruppen, die sich normalerweise der Interessen der Arbeitnehmer besonders annehmen. Nach dem letzten Stand der Entwicklung ist mit einer bemerkenswerten organisatorischen Vereinfachung zu rechnen: Die bisher unter dieser Firmierung bestehenden Verbände befinden sich auf dem Marsch zu zwei "Einheitsgewerkschaften", einer für den Grenzschutz, einer für die Bundeswehr.

Bisher gab es drei, wenn man so sagen darf, Gewerkschaften der Waffenträger: Den "Bundeswehr und Grenzschutzverband e.V." unter Vorsitz des Majors im Bundesgrenzschutz von Stülpnagel; die "Fechgruppe Bundeswehr" des Verbandes Deutscher Soldaten (VDS), dessen Vorsitzender Admiral a.D. Hansen ist, und endlich - seit kurzen - den "Deutschen Bundeswehrverband e.V.", eine Schöpfung des Oberstleutnants Kolinari, ehemaliger (mit CDU-Hilfe gewählter) FDP-Landrat des Kreises Schleiden in der Eifel. Der Anspruch Stülpnagels auf Organisation auch der Bundeswehrleute in seinem ehemaligen Grenzschutz-Verband wurde abgeschlagen und Stülpnagel trat von seinem Posten zurück. Die Grenzjäger bleiben in ihrem eigenen Verband, die Bundeswehr gründet für ihre Leute eine auf das Haus zugeschnittene "Gewerkschaft", die Hansen-Leute will man sich kameradschaftlich teilen.

Eine Gewerkschaft hat den Zweck, die Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen. Diese Interessen stimmen bekanntlich nicht immer mit denen der Arbeitgeber - d.h.: Vorgesetzten-überein. Das hat - wenn überhaupt mit Klassenkampf - vor allem mit der Abwehr eines gewissen Klassenkampfes "von oben" zu tun. Gewerkschaften, von Arbeitgebern (oder vorgesetzten Dienststellen) inspiriert und insgeheim geführt, haben in der freien Welt einen schlechten Ruf. Mit Recht. Sie dienen, wie die Erfahrung lehrt, ausnahmslos den Interessen der geheimen Lenker, obwohl sie vorgeben, den Interessen der Mitglieder zu dienen. Wer sollte das besser wissen als der ehemalige Gewerkschaftsfunktionär und jetzige Verteidigungsminister Blank?

Das Verteidigungsministerium, an seiner Spitze der Minister, ist den Soldaten vorgesetzt, ist nach Lage der Dinge Arbeitgeber, der autoritärer als in anderen Fällen die Geschicke der Arbeitnehmer - 6 -

beeinflussen kann. Wieviele Möglichkeiten gibt es gerade hier, im Krieg und im Frieden, in deren Rahmen die Interessen der Soldaten, sagen wir einmal: der Truppe!, mit denen der Führung nicht übereinstimmen. Zugabegeben, dass gerade aus diesem Gesichtspunkt heraus die Gründung einer Soldaten-Gewerkschaft eine diffizile Angelegenheit ist. Aber warum sollen die bediensteten Waffenträger ihre Interessen, z.B. solche sozialpolitischer Art, nicht von bestehenden Organisationen vertreten lassen, die erfolgreich für Angehörige des öffentlichen Dienstes eingetreten sind? Eines ist doch allen und vor allem auch dem alten Gewerkschafter Blank klar: Eine Soldaten-Gewerkschaft, die dem Ministerium unter allen Umständen gefügig wäre, ist keine Gewerkschaft. Sie ist höchstens ein sozial getarntes Hilfsmittel der Führung. Hilfsmittel wofür oder wogegen?

Blank rechnet angeblich selbst nicht mehr mit seiner Wiederbestellung nach der nächsten Wahl. Nach der Abwägung fast aller modernen und demokratischen Ansätze im "Inneren Gefüge" hat er hier die Chance, vor seinem Abgang der deutschen Demokratie und den Soldaten einen wichtigen Dienst zu erweisen, indem er für die absolute Unabhängigkeit eines jeden Soldatenverbandes von seinem Haus sorgt. Ansonsten wäre auch dies eine Arbeit, die dem Nachfolger überlassen bliebe.

Zurückgewiesene Verleumdungen

G.M., Düsseldorf

Nachdem es der CDU nicht gelang, den Sturz der Regierung Arnold und die Bildung der SPD-FDP-Zentrums-Regierung in Düsseldorf zu verhindern, versucht die ihr nahestehende Presse mit allen Mitteln die neuen Minister zu verdächtigen. Besonders behauptete sie auch kühn, die neue Landesregierung und insbesondere der verantwortliche Innenminister Biernat lehne nur deshalb im Rahmen der Verwaltungsreform die Halbtierung der Regierungsbezirke entgegen dem Plan der CDU ab, weil die SPD ihren "Parteituchbeamten" die "Fründe" bewahren wolle.

Wie unwahrhaft solche Verleumdungen sind, ergibt sich aus folgenden sachlichen Feststellungen: Von den 67 Landesbeamten, vom Ministerialrat aufwärts einschliesslich der Präsidenten der Regierungsbezirke und des Landesrechnungshofs, gehören insgesamt nur 13 der SPD, drei dem Zentrum und einer der FP an, wobei der weitaus grössere - 7 -

Teil dieser Beamten bereits seit 1920 oder vor 1933 in der Staatsdienst eingang und nur deshalb als "Parteibuchbeamte" verdächtigt wird, weil es sich um Mitglieder der CDU nicht genehmer Parteien handelt. Der Innenminister, der sich dieser Tage vor der Presse sehr ausdrücklich gegen die Einstellung von Beamten nur ihrer politischen Bindung, nicht aber ihrer Qualifikationen wegen wandte, verzichtete im übrigen darauf, die Zahl der der CDU angehörenden "Parteibuchbeamten" zu nennen, weil die Landesregierung nicht den Eindruck erwecken will, sie beschütze die politische Gesinnung bewährter Beamten. Gerade aus diesem Gefühl der Verantwortung für die Kontinuität in der Verwaltung und aus dem Bestreben, das Beamtentum nicht zum Spielball parteiischer Interessen zu machen, hat die neue Regierung; deshalb mit Ausnahme von zwei Staatssekretären, also politischen Beamten, keine Entlassungen oder wesentlichen Versetzungen vorgenommen.

Darüber hinaus gibt es entscheidende sachliche Argumente dafür, warum die Zahl der Mittelinstanzen nicht von sechs auf drei verringert werden sollte, wobei die letzte Entscheidung durch den Landtag fällt. Denn was der frühere Innenminister Meyers mit einer Zusammenlegung erreichen wollte, nämlich etwa gleichgroße Regierungsbezirke, war auf seinem Wege gar nicht erfüllbar. Der Regierungsbezirk Hamm hätte einen Umfang von rund 19 000, der Bezirk Ruhrgebiet aber nur 2 500 qkm Raum erhalten. Es gibt ein Gesetz von der "optimalen Betriebsgröße", das logisch auch für die Verwaltung gilt. Vor allem aber wäre der Wert des einzelnen Hilfesuchenden zur Mittelinstanz erheblich vergrößert worden. Das spielt zwar für Leute, die Dienstwagen fahren, keine erhebliche Rolle, wohl aber für den kleinen Mann, der bei persönlicher Rücksprache gar nicht oder immer in der Lage gewesen wäre, an einem Tag die Hin- und Rückfahrt durchzuführen. Das ist ein Gesichtspunkt, dem die CDU offensichtlich weniger Wert beimisst als die SPD. Mindestens scheint darauf die Haltung der CDU-Pressen hinzudeuten. Meyers selbst hat sich kürzlich übrigens auf einer Pressebesprechung auch bei Aufrechterhaltung seines eigenen Standpunktes jeglicher Polemik gegen seinen Nachfolger Biernat enthalten.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau